INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 170
5. November

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Probleme der deutschen Revolution. Von Sinowjew 1443

Deutschland

Die Lage in Deutschland. Von Höllein 1445

Das internationale Proletariat eilt der deutschen Arbeiterklasse zu Hilfe. Von Münzenberg 1445

Politik.

Zur Lage in Polen. Von Maciejewski 1446

Die 1200 Millionen französische Silberlinge. Von Wilenski-Sibirjakow 1447

Arbeiterbewegung.

Der Raub des Achtstundentages in Deutschland. Von Leder 1447

Jugendbewegung.

Das EK. der KJI. an die proletarische Jugend der ganzen Welt! 1449

Gegen Kriegsgefahr und Faschismus.

Gegen den Faschismus! Gegen reaktionäre Schreckensherrschaft und weißen Terror! 1450

Buchbesprechung.

„Die Kommunistische Partei — die eiserne Kohorte der Revolution!" Von B. 1450

Die Probleme der deutschen Revolution.

Das Herannahen der deutschen Revolution und die Taktik der Einheitsfront.

Von G. Sinowjew.

** In dem Augenblick, da wir diese Zeilen schreiben, hinkt die deutsche Koalitionsregierung auf beiden Füßen, auf dem rechten (das weiße Bayern), wie auch auf dem linken (das rote Sachsen). Das Kräfteverhältnis ist äußerst unsicher. Das Gleichgewicht ist verlorengegangen. Jeden Augenblick kann der erste große Stein herunterrollen, worauf dann mit Geräusch und Getöse die ganze Decke zusammenstürzen wird. Die deutsche Sozialdemokratie ist, soweit es sich um den Zentralapparat der Partei handelt, noch immer ein zuverlässiger Bundesgenosse der konterrevolutionären Bourgeoisie (und wird es offenbar bis ans Ende sein).

Gleichzeitig machen die sich lostrennenden linken Gruppen und Organisationen der Sozialdemokratie die ersten Schritte zur Zusammenarbeit mit den deutschen Kommunisten. Der Sozialdemokratische Parteivorstand spaziert nach wie vor Arm in Arm mit der reaktionären Bourgeoisie und den weißen Generalen herum; gleichzeitig scheint aber der linke Flügel der Partei einen Fuß in das Lager der proletarischen Revolution zu setzen. Ein rotes Sachsen (genauer gesprochen, ein blaßrosarotes Sachsen), ein weißes Bayern und eine gelbe Zentralregierung, das ist die Lage in dem Augenblick, wo wir diese Zeilen schreiben (am 22. Oktober 1923).

Bei einer solchen Lage besteht natürlich der heiße Wunsch, den Vorhang beiseite zu reißen und einen Blick in die Zukunft zu werfen. Wie werden sich die Ereignisse in der nächsten Zukunft entwickeln? Werden die eine Uebergangsform darstellenden „Arbeiterregierungen" Sachsens und Thüringens eine einigermaßen andauernde Zeitspanne hindurch bestehen? Wie schnell und wie weit wird die Differenzierung in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie gehen?

Es ist gegenwärtig durchaus an der Zeit, die Frage, was die Taktik der Einheitsfront für Deutschland war und fernerhin sein soll, ins Auge zu fassen.

Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die deutsche Kommunistische Partei die Einheitsfronttaktik im großen und ganzen mit großem Erfolg angewendet hat. Durch die richtige Anwendung dieser Taktik hat die Kommunistische Partei die Mehrheit der deutschen Arbeiter erobert — ein Erfolg, von dem vor zwei, drei Jahren auch nur zu träumen schwierig war. Die Einwendungen der „linken" Kommunisten (wir meinen damit gewisse Durchaus-„Theoretiker"; die den linken kommunistischen Organisationen angehörenden Arbeiter haben mit ihrem Klassengefühl das Wesen der Einheitsfronttaktik richtig erfaßt), die darauf hinweisen, daß die KPD. sich bei der Durchführung der Einheitsfronttaktik auf die rückständigen Schichten des Proletariats, auf die Masse und nicht auf den Vortrupp eingestellt hat, schießen neben das Ziel. Bestand doch der ganze Sinn der Einheitsfronttaktik gerade darin, die Nachhut an den Vortrupp heranzuziehen, die Durchschnittsarbeiter, die noch der konterrevolutionären Sozialdemokratie Gefolgschaft leisten, den führenden Arbeitern, die schon anfingen, sich den Kommunisten anzuschließen, näherzubringen. Es ist doch kein Zufall, daß die Einheitsfronttaktik nach der Märzaktion 1921 und nach den italienischen Ereignissen im Herbst 1922 Gestalt und Wesen annahm. Gerade die italienischen und deutschen Ereignisse haben es dem Kerntrupp der Kommunistischen Internationale gezeigt, daß bedeutende Schichten, zuweilen die Mehrheit der Durchschnittsarbeiter, noch der Sozialdemokratie Gefolgschaft leisten.

In den Jahren 1918 bis 1919, als die Weltrevolution uns sehr nahe schien, suchten wir eine Annäherung über die Köpfe der Führer der Sozialdemokratie hinweg. Die Jahre 1920-1921 haben uns überzeugt, daß die breiten Arbeitermassen ohne die sozialdemokratischen Organisationen und sozialdemokratischen Führer nicht erfaßt werden können. Wir gingen daher zur Einheitsfronttaktik über. Je mehr sich die KPD. in der zweiten Hälfte des Jahres 1921, in den Jahren 1922 und 1923 auf den Durchschnittsarbeiter einstellte, je mehr sie der Stimmung der Nachhutschichten des deutschen Proletariats Rechnung trug, um so richtiger verwirklichte sie die Einheitsfronttaktik, um so erfolgreicher bereitete sie die Eroberung dieser entscheidenden Schichten des Proletariats für den Kommunismus vor.

In der heutigen deutschen Situation jedoch tritt die Anwendung der Einheitsfronttaktik zweifellos in eine neue Phase.

Diese Taktik bleibt auch für das heutige Deutschland richtig in dem Sinne, daß wir auch jetzt ein ganzes System von Ergänzungsmaßnahmen anwenden müssen, um jene noch rückständigen Schichten des Proletariats, die nach wie vor der Sozialdemokratie Gefolgschaft leisten oder parteilos bleiben, für uns zu gewinnen. Wir sind aber keine Doktrinäre, sondern Dialektiker. Haben sich die Umstände geändert, so müssen wir es auch verstehen, die Anwendung der Einheitsfronttaktik zu ändern. Die Aufgabe, die mittleren und die Nachhutschichten des Proletariats an den Vortrupp heranzuziehen, ist im großen und ganzen mit Erfolg vollbracht. Im gegenwärtigen Stadium der deutschen Ereignisse steht schon eine andere Aufgabe im Vordergrund. Wir müssen auf das aufmerksamste darauf achten, daß eine unrichtige Anwendung der Einheitsfronttaktik die Revolution jetzt nicht

hindert und die Entschlossenheit des Vortrupps nicht lähmt, der es im nötigen Moment verstehen muß, alles auf eine Karte zu setzen.

Ein alter Genosse schrieb uns aus Hamburg nach dem großen Streik im August 1923 folgendes:

„. . . diese Woche hat uns gezeigt, daß wir trotz aller Erfolge und Mißerfolge der Einheitsfronttaktik an die Massen gegen den Willen der Sozialdemokratie und nicht in einer Einheitsfront mit ihr herangekommen sind. Der gesamte Gang des deutschen öffentlichen Lebens, die ganze Taktik der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in der Vergangenheit und namentlich in der vergangene Woche geben keinerlei Grundlage für die Annahme, daß die Taktik unseres Gegners (der Sozialdemokratie) in der Frage der Einheitsfront sich ändern wird. Sie kann sich erst dann ändern, wenn diese Taktik als Bremse dienen können wird und wenn die bankrotten Sozialdemokraten versuchen werden, die Einheitsfront auf ihre eigene Art zu schaffen, um die Bewegung zu hindern oder uns in den Abgrund mitzureißen."

Diese Folgerung des alten Genossen, der zu keiner der in der KPD. kämpfenden Richtungen gehört, scheint uns völlig richtig und höchst zutreffend zu sein. Der Genosse hat durchaus recht, wenn er weiterschreibt: „Die Ereignisse beweisen, daß wir bei aller unserer ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie gegenüber ihren Inhalt an Arbeitern und ihre Fähigkeit, die Interessen der Arbeiter zu verteidigen, überschätzt haben. Darin besteht eben unser Fehler. Die Sozialdemokratie ist tief in den kleinbürgerlichen Sumpf gesunken. Sie wird lieber in ihm zugrunde gehen, als auch nur den geringsten Versuch zu machen, aus ihm herauszuklettern. Man muß sehen, mit welchem Haß sie gegen jeden Versuch der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer elementarsten Tagesbedürfnisse auftritt, um sich zu überzeugen, daß die Sozialdemokraten und ihre Freunde aus den Gewerkschaften für die Arbeiterklasse für immer verloren sind, und daß die Arbeiterklasse von ihnen nicht die geringste Hilfe zu erwarten hat. Im Gegenteil, man muß von ihnen alles Schlimme, wie von den erbittertsten Feinden, erwarten. Man muß blind sein, um das nicht zu sehen."

Die letzte Folgerung müssen sich besonders unsere Genossen aus der KPD. merken. Die Fehler einer Reihe russischer Bolschewiki (darunter auch des Verfassers dieser Zeilen) unmittelbar vor dem Oktoberumsturz 1917, bestanden gerade darin, daß wir durch die Macht der Gewohnheit die „Arbeitersubstanz" der russischen Menschiwiki und SR. überschätzten und daß wir noch immer hofften, daß diese Parteien in der letzten Minute lieber aus dem kleinbürgerlichen Sumpf herausklettern, als in ihm zugrunde gehen würden. Diesen ungeheuer gefährlichen Fehler dürfen unsere Genossen in der KPD. keinesfalls wiederholen.

Die KPD. muß natürlich alles mögliche tun, um jene Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter, die noch zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten schwanken, für sich zu gewinnen. In diesem Sinne sind Verhandlungen nach Art der unlängst in Hamburg und Berlin stattgefundenen wahrscheinlich notwendig. Die mit solchen Verhandlungen verbundenen Gefahren sind aber gegenwärtig riesengroß. Wir haben in der Berliner „Roten Sturmfahne" vom 15. bis 17. Oktober 1923 eine ausführliche Schilderung der letzten „Verhandlungen" mit den Führern der angeblich linken Berliner sozialdemokratischen Organisation*) gelesen. Eine ganze Woche lang wurden diese Verhandlungen vorbereitet, drei Tage lang wurden sie geführt und in dem Augenblick, da wir diese Zeilen schreiben, sind sie immer noch nicht beendet.

Die deutschen Faschisten könnten sich ganz entschieden nichts Besseres wünschen: Zu einer Zeit, wo jede Minute kostbar ist, wo die deutsche Konterrevolution fieberhaft arbeitet, wird im wichtigsten Arbeiterzentrum — in Berlin — lange Tage hindurch die Frage eines Abkommens erörtert, findet ein Feilschen um jedes Komma statt und teure Zeit wird vergeudet. Würde die KPD. während solcher Verhandlungen und in der Hoffnung auf ihren Erfolg die praktischen Vorbereitungen aller notwendigen Maßnahmen auch nur um ein Haar abschwächen, würde sie überhaupt umfangreiche politische Pläne mit der Hoffnung auf ein Bündnis mit den sozialdemokratischen Führern ausarbeiten, sie würde dadurch ein wahres Verbrechen begehen. Wir sind fest überzeugt, daß die deutsche Kommunistische Partei einen solchen Fehler nie begehen wird. Verhandlungen sind Verhandlungen und Arbeit ist Arbeit.

Der Hamburger Genosse hat recht: Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß ein Moment eintreten wird und daß er nicht mehr fern ist, in dem die konterrevolutionären Führer der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sich formell der Einheitsfront anschließen werden, das wird in dem Augenblick sein, wo eine Rettung der Bourgeoisie mit irgendwelchen Mitteln völlig unmöglich sein wird. Die Kommunisten müssen sich klar die Frage stellen: Einheitsfront — zu welchem Zwecke? Zu welchem Zwecke schließen die Führer der konterrevolutionären Sozialdemokratie, die das Proletariat tausendmal verraten haben, jetzt in der zwölften Stunde sich der Einheitsfront an? Die Antwort wird klar sein: sie tun das, um den revolutionären Willen der proletarischen Massen von innen heraus zu lähmen und um zu versuchen, den revolutionären Staat und vielleicht auch die proletarische Regierung selbst in einen Diskussionsklub, in eine Schwatzbude umzuwandeln. Eine solche „Unterstützung" von seiten der Herren Sozialdemokraten kann für die proletarische Revolution gefährlicher werden, als ein offener Widerstand. Eine solche „Hilfe" kann für die Revolution direkt verhängnisvoll werden.

Man muß alles mögliche tun, um den größtmöglichen Teil der Sozialdemokratie und der parteilosen Arbeiter durch eine richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik für uns zu gewinnen. Wir haben nach wie vor an der Verwirklichung dieser Aufgabe zu arbeiten. Gleichzeitig ist aber eine andere, noch wichtigere Aufgabe entstanden: immer daran zu denken, daß die entscheidenden Handlungen des proletarischen Vortrupps ganz bestimmt trotz der sozialdemokratischen Führer und gegen sie werden geschehen müssen. Nur im Lichte dieser zweiten Aufgabe kann die erste richtig gelöst werden.

Es gab eine Zeit, wo wir bei der Verwirklichung der Einheitsfront in Deutschland den sozialdemokratischen gewöhnlichen Arbeitern sagen konnten: alles hängt von deiner Partei ab; würde sich deine Sozialdemokratische Partei entschließen, ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse ehrlich zu erfüllen, ginge sie zusammen mit uns Kommunisten gegen die Bourgeoisie, so könnten wir auf friedlichem Wege, vielleicht sogar ohne Bürgerkrieg, eine Arbeiterregierung schaffen. 1918 bis 1919 war das tatsächlich in vollem Umfange möglich. Die deutsche Sozialdemokratie hielt zu jener Zeit das Schicksal Deutschlands in ihren Händen.

Gegenwärtig wäre eine solche Behauptung, aufgestellt von uns, eine historische Unwahrheit und würde nur demokratische Illusionen verbreiten. Die deutsche Sozialdemokratie hält schon nicht mehr das Schicksal Deutschlands in ihren Händen. Der friedliche Ausgang hängt nicht mehr von ihr ab. Nur die proletarische Revolution kann den heutigen deutschen Knoten durchhauen. Die deutschen Kommunisten müssen natürlich durch jene Schichten der sozialdemokratischen Arbeiter, die unserem Einfluß zugänglich sind, auf die deutsche Sozialdemokratische Partei einen Druck ausüben, um sie zwingen, soweit das überhaupt möglich ist, der Konterrevolution nicht zu helfen. Die deutschen Kommunisten müssen aber die gewöhnlichen sozialdemokratischen Arbeiter vor allem davon überzeugen, daß es gegenwärtig, selbst wenn es gelingen würde, an die Spitze der gesamten Sozialdemokratie „linke" Führer zu stellen, keinen friedlichen Ausweg gibt, und daß nur ein schwerer Kampf Deutschland aus den Krallen der Konterrevolution retten kann.

Um die Frage ganz kurz zu formulieren: die Taktik der Einheitsfront, die im internationalen Maßstabe richtig war und bleibt, ist in Deutschland im wesentlichen durchgeführt. Der Grundkern der Arbeiterklasse hat sich erhoben oder ist im Begriff, sich zu erheben. Die Nachhutschichten des Proletariats nähern sich dem Vortrupp. Die Aufgabe des Vortrupps besteht jetzt schon darin, die herangezogenen Massen in den Kampf zu führen.

Die Taktik der Einheitsfront war und bleibt ein breit angelegtes strategisches Manöver der Avantgarde der Arbeiterklasse. Nur offene Feinde des Proletariats, wie die Herren Sozialdemokraten, oder alte Weiber, wie manche Führer der „Unabhängigen", konnten in einem solchen strategischen Manöver etwas Schlimmes sehen. Die Arbeiterklasse ist nicht gleichartig. Ihr Kulturniveau, ihre politische Schulung ist nicht die gleiche. Das ist das ganze Unglück der unterdrückten Klasse. Der Vortrupp dieser Klasse hat sich auf eine hohe Stufe erhoben, indem er sich bewußt zu einer Kommunistischen Partei organisiert hat. Er hat daher nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, alles mögliche zu tun, um die Rückständigen heranzuziehen und, wenn er zuweilen im Interesse der Erleichterung dieses Zieles in der Sprache dieser Rückständigen sprechen muß, so nur aus pädagogischen Gründen. Um einem Analphabeten das Lesen beizubringen, muß man es ihm zuweilen silbenweise beibringen. Wird aber der Analphabet das Lesen erlernt haben, so werden wir bestrebt sein, ihm das Kommunistische Manifest und nicht die Werke Scheidemanns und Vanderveldes beizubringen.

Die Taktik der Einheitsfront ist richtig. Es ist bloß notwendig, daß im heutigen kochenden und brodelnden Deutschland, wo der Vortrupp heute oder morgen sich in den entscheidenden Kampf stürzen und die schwere proletarische Infanterie hinter sich führen wird — daß in diesem Deutschland die Taktik der Einheitsfront nicht in ihr genaues Gegenteil sich verwandelt.

*) Allerdings hatte zu dieser Zeit die Neuwahl der Berliner Leitung der SPD. noch nicht stattgefunden.

Deutschland

Die Lage in Deutschland.

Von Emil Höllein.

Berlin, 5. November 1923.

** Die Sprengung der Großen Koalition bei gleichzeitigem Fortbestehen der bisherigen Regierung Ebert-Geßler-Stresemann enthüllt vollends den Charakter des gegenwärtigen Regimes in Deutschland. Bereits vor acht Tagen bemerkte die englische Zeitung „The Observer", daß die Regierung der Großen Koalition eigentlich eine Kulisse sei. Die tatsächliche Regierung in Deutschland bestehe in Wirklichkeit nur aus dem Triumvirat Ebert, Stresemann und Geßler alias Seeckt. Dies schalte und walte im Reiche, ohne sich irgendwie um die Meinung der übrigen Reichsminister oder gar der Parteien zu kümmern. Nur so erklärt sich das Vorgehen gegen die Sächsische Regierung. Jetzt, nachdem die Sozialdemokraten aus der Regierung ausgeschifft worden sind, läßt Stresemann, dieser typische Parlamentarier und nationalliberale Partei-Häuptling, durch sein Leiborgan „Die Zeit" bezeichnenderweise verkünden, daß er eigentlich gar kein Parteimensch sei.

Als am 26. September der Belagerungszustand über das ganze Reich verhängt wurde, angeblich, um es vor dem Ansturm des bayerischen Faschismus zu schützen, welche Erklärung nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern sogar von breiten Arbeiterschichten wirklich geglaubt wurde, haben wir an dieser Stelle geschrieben:

„Der Aufmarsch Hitlers und seiner bewaffneten Banden wurde zum Stillstand gebracht. Hitler marschiert jetzt nicht nach Berlin. Es ist allerdings auch nicht nötig, daß Bayern nach Berlin kommt, es wird in Berlin selbst Bayern eingerichtet."

Was seither geschehen ist, bestätigt vollauf unsere damalige Feststellung. Nämlich, daß mit der Verhängung des Ausnahmezustandes der Faschismus in Deutschland offiziell etabliert werden sollte.

Es folgte Schlag auf Schlag, auf politischem Gebiete: das Verbot der kommunistischen, teilweise auch der sozialdemokratischen Presse, der Faschistenaufmarsch um Berlin und in Küstrin, die erste Sprengung der Großen Koalition, die Besetzung Sachsens durch die Reichswehr, das Verbot der proletarischen Abwehrorganisationen, Hundertschaften, Betriebsräte und Kontrollausschüsse. Und all dies zu einer Zeit, wo in Bayern die illegalen Rechts-Organisationen offen rüsten und aufmarschieren konnten, wo die bayerische Reichswehr sich vom Kommando des Generals Seeckt lossagte, wo Kahr die Reichsgesetze durch einen Federstrich außer Kraft setze. Dann auf sozialem Gebiete: die Abschaffung der Demobilmachungs-Vorschriften, die Preisgabe von Millionen von Arbeitslosen an den Hungertod, die Ermächtigung für die Kapitalisten, in ihren Betrieben frei nach Belieben zu schalten und zu walten, die Aushöhlung aller Rechte der Betriebsräte, mit einem Worte, eine Durchführung des sozialen Faschistenprogramms, die nur wenig zu wünschen übrig läßt. Es hat sich somit das Wunder vollzogen, daß die bayerischen Berge zum Berliner Mohammed gekommen sind.

Zu der Zeit, da wir diese Zeilen schreiben, sind alle Blätter voll von Alarmmeldungen, daß die an der bayerisch-thüringischen, bayerisch-sächsischen Grenze massierten, bewaffneten, irregulären Kampfverbände des bayerischen Faschismus am 7. oder 9. November den Marsch nach Berlin antreten würden. Es ist kein Zweifel, daß gewissen faschistischen Kreisen der regierende norddeutsche Faschismus noch viel zu schlapp erscheint, und daß zwischen Nord und Süd sowohl in sozialen und politischen als auch und insbesondere in Personalfragen, ein gewisser Gegensatz besteht. „Seeckt hat die norddeutsche Reichswehr fest in der Hand" so verkündete noch am gestrigen Sonntag das „Berliner Tageblatt". Seeckt ist jedoch nicht nur ein Name, sondern auch zugleich eine scharf ausgeprägte Richtung. Um ihn scharen sich vorzugsweise alle jene Offiziere, die in der alten Armee ihren Lebensberuf und ihren Broterwerb hatten, die versuchten, auch in der Reichswehr der Weimarer Republik ihre moralische und leibliche Existenz zu sichern und die sich mit dem neuen Zustande mehr oder weniger auch deshalb abgefunden haben, weil sie unter Wilhelm II. vielfach trotz ihrer Fähigkeiten meistens hinter die Sprößlinge des Landjunkertums zurückgesetzt wurden. Eine andere Schicht des gewesenen Berufsoffizierskorps, die sich um den politischen Abenteurer Ludendorff schart, stand vom ersten Tage an der Weimarer Republik unversöhnlich feindlich gegenüber. Sie glaubt ihren Ambitionen nur in einem monarchistischen Heere frönen zu können und lebte, was ihr Auskommen betraf, von Apanagen und Wuchererdarlehen.

So stehen sich im Faschismus, soweit dessen bewaffnete Macht in Frage kommt, zwei Hauptrichtungen gegenüber. Beide sind ziemlich stark, doch scheinen die Anhänger Seeckts stärker zu sein als jene Ludendorffs. Es fragt sich deshalb, ob bei einer solchen Lage der Dinge die beiden Lager nicht lieber ein Kompromiß schließen sollen, statt offen gegeneinander loszugehen. Dieses Kompromiß kann bestehen in der Auslieferung der politischen Regierungsämter an Personen, die weiter rechts stehen als Stresemann, in der Besetzung der Wirtschaftsministerien mit radikaleren Vertretern der Schwerindustrie und des Großagrariertums und schließlich in der Absägung des preußischen Innenministers Severing, vielleicht gar des Reichspräsidenten Ebert.

Diese politischen Veränderungen sind nicht nur Möglichkeiten, sondern sogar naheliegende Wahrscheinlichkeiten, die jedenfalls durchaus auf der Linie der nächsten Entwicklung liegen. Aber zum offenen Kampf der beiden Richtungen braucht es deshalb noch lange nicht zu kommen.

Inzwischen hallt es in der Presse noch von Rüstungen und Gegenrüstungen wider, die parlamentarischen Schieber sind eifrig bemüht, für das Triumvirat Stresemann-Ebert-Geßler, das heute die Macht ausübt, eine parlamentarische Kulisse zu finden in der Form eines offenen oder versteckten Vertrauensvotums des Reichstages. Und während sich die beiden Richtungen im Faschismus noch laut um die Alleinherrschaft streiten, während sich Demokraten und Sozialdemokraten bemühen, eine Parlamentsmehrheit für die offene faschistische Diktatur zusammenzubringen, fällt die Mark zum Dollar über die Billionengrenze, kostet das Brot 140 Milliarden, hallen die Straßen von dem Verzweiflungsschrei des Hungers wider . . .

Das internationale Proletariat eilt der deutschen Arbeiterklasse zu Hilfe.

Von Willi Münzenberg.

** In der ganzen Welt hat eine mächtige Solidaritätsaktion zur Unterstützung der deutschen Arbeiter eingesetzt. Die Internationale Arbeiterhilfe hat in einem Aufruf die Werktätigen der ganzen Welt aufgefordert, sofort und überall Hilfskomitees zu gründen und planmäßig große Sammlungen zugunsten der hungernden deutschen Arbeiter, Arbeiterinnen, Kinder und Greise durchzuführen. Der Aufruf verweist auf die große Solidaritätswelle der internationalen Arbeiterschaft anläßlich der Hungerkatastrophe in Rußland im Jahre 1921 und fordert alle Schaffenden auf, heute mit der gleichen Begeisterung und Energie die Aktion durchzuführen wie damals für die russischen hungernden Arbeiter und Bauern. Mit Recht macht der Aufruf darauf aufmerksam, daß — im Gegensatz zu der russischen Hungersnot — die deutsche Hungersnot keine Folge einer Naturkatastrophe, sondern der völligen Auflösung der deutschen Wirtschaft und des völligen Bankrottes des wirtschafts-kapitalistischen Systems in Deutschland ist. Um so wichtiger und um so notwendiger ist eine Unterstützung der Opfer dieses Zusammenbruches durch die internationale Arbeiterklasse. Der Ruf der Internationalen Arbeiterhilfe ist gehört worden. In allen Ländern haben sich sofort Hilfskomitees konstituiert, die bereits eine rege Sammeltätigkeit aufgenommen haben. Besonders rührig sind die russischen Genossen tätig. Die Arbeiter und Bauern der einzelnen russischen Städte und Dörfer wetteifern, die im Jahre 1921 von der internationalen Arbeiterschaft empfangene brüderliche Hilfe mit Zinseszinsen zurückzuzahlen. Dank der unmittelbaren Befolgung des leidenschaftlichen Appells der Internationalen Arbeiterhilfe war es dessen Zentralkomitee möglich, bereits in den letzten Wochen 200 000 Zentner Getreide, hauptsächlich russischen Roggen, den bedürftigsten Industriezentren in Deutschland zur Verfügung zu stellen. 40 000 Zentner wurden der sächsischen Regierung zur Verteilung an die Arbeits- und Erwerbslosen übermittelt, 15 000 Zentner wurden nach Thüringen dirigiert, und gleichzeitig hat die Internationale Arbeiterhilfe in Berlin die tägliche Speisung von 3000 Arbeiterinnen organisiert. Die mit diesen ersten Taten eingeleitete Hungerhilfsaktion des internationalen Proletariats für die deutsche Arbeiterschaft durch die Internationale Arbeiterhilfe soll in den nächsten Wochen stark erweitert werden. Das Gefühl, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht allein im Kampfe steht, sondern unterstützt wird von der Arbeiterschaft aller Länder, wird die deutsche Arbeiterschaft mit neuem Mut beseelen.

Politik

Zur Lage in Polen.

Von Maciejewski.

** Die gewaltige Erhebung der Arbeiterklasse, die in der letzten Oktoberwoche einsetzte, hat die Situation in Polen blitzartig beleuchtet. Auch Polen steht auf einem Vulkan.

Die Elemente des labilen Gleichgewichts sind vielfache. Man muß sie sowohl auf dem Gebiet der Außen- wie auf dem der Innenpolitik suchen.

Die Störungselemente **außenpolitischer** Natur ergeben sich aus zwei Tatsachen: erstens aus der politischen, militärischen und wirtschaftlich-finanziellen Abhängigkeit Polens von der Entente — in erster Linie von **Frankreich** — und zweitens aus seiner besonderen Lage, die die einer Zwickmühle gleichkommt: auf der einen Seite **Sowjetrußland** und auf der anderen Seite das **revolutionäre Deutschland.**

Nie ist die Abhängigkeit des „unabhängigen Polens" von den Alliierten und besonders von Frankreich klarer zutage getreten als in den letzten Wochen — an der Schwelle des sechsten Jahres dieser Unabhängigkeit. Seitdem durch den Ruhrkrieg in den von dem Versailler Friedensdiktat etablierten Status quo ein Riß hineingeraten ist, ist Polen in seiner auswärtigen Politik ganz von der Sorge beherrscht: wie die, Polen an die Alliierten bindenden Fäden fester zu knüpfen sind, damit dieser Status nicht erschüttert und womöglich (im Sinne und Geiste der alten imperialistischen Gelüste Frankreichs und Polens vom Jahre 1918/19) ausgebaut und erweitert werden könnte. Greifbare diesbezügliche Aeußerungen sind die jüngsten Unterhandlungen mit dem Berichterstatter des Finanzausschusses des französischen Senats, Herrn **Henry Bérenger**, wegen einer Anleihe, die zu militärischen Zwecken verwendet werden soll, ferner die Schaffung eines Zentrums militärischer Ausbildung für polnische Generale unter Leitung französischer Militärs und die Delegierung höchster Militärs Polens — zweier seiner ehemaligen Kriegsminister und Chefs des Generalstabes —, der Generale **Sikorski** und **Sosnkowski** zu militärischen Zwecken nach Frankreich. Erinnert man sich außerdem an die Delegierung eines finanziellen „Beraters" durch England nach Polen, und an die Rolle, die diese Macht in den polnisch-Danziger Beziehungen spielt, sowie endlich an die letzten Unterhandlungen des polnischen Finanzministers Kucharski in London wegen Aufnahme einer Anleihe, so wird auch die Abhängigkeit Polens von England genügend sichtbar.

Polens Lage zwischen Sowjetrußland und dem in revolutionärer Gärung stehenden Deutschland bestimmt im übrigen die Politik seiner leitenden bürgerlichen Kreise voraus. In der „Rzeczspolita" („Republik"), die die Stimmungen der herrschenden Kreise gut widerspiegelt, schrieb der Chefredakteur am 29. Oktober in einem die jüngste Umbildung des Kabinetts begründenden Artikel:

> „Die heranrückende Periode einiger nächster Monate ist entscheidend ... Jetzt, wo ganz Mittel- und Ost-Europa durch die deutsche Erschütterung und die erwartende Bereitschaft der Sowjets aus den Fugen gebracht wird, wo die Umwandlungen in Deutschland einer neuen Konfiguration der Verhältnisse in ganz Europa Tür und Tor öffnen, ist es notwendig, unsere politische Schaffenskraft auf dem Gebiete der internationalen Politik anzuspannen."

Diese Erklärungen eines Führers einer der vier rechten Parteien, die den Regierungsblock bilden, sprechen es schon klar genug aus, wie sich das bürgerliche Polen seine Rolle bei den bevorstehenden großen revolutionären Erschütterungen in Mittel- und Ost-Europa denkt: es will die Rolle des äußersten, am weitesten nach Osten vorgeschobenen Bollwerks der kapitalistischen „Ordnung", die Rolle des Vorpostens des über die „Ruhe" Europas wachenden modernen Gendarmen Europas — Frankreichs — spielen. Das Interesse, das die jüngsten Reden des Genossen Trotzki über die Haltung Sowjetrußlands gegenüber der deutschen Revolution in Polen erweckt haben, zeugt davon, daß das bürgerliche Polen keineswegs gewillt ist, die Rolle einer „Brücke" zu spielen: es will eine aktive Rolle in dem bevorstehenden Kampf spielen, was mit der Rolle einer „Brücke" kaum vereinbar ist.

Die innenpolitischen Schwierigkeiten, die Polen gegenwärtig erlebt, sind nicht weniger gewaltig als die außenpolitischen.

Die Wurzel des Uebels liegt hier — äußerlich betrachtet — an dem Finanzelend. Das Finanzelend erzeugt eine Teuerung, die, wenn sie auch hinter der deutschen zurückbleibt, ganz ungeheuer ist; es erzeugt eine industrielle Krise, ein klaffendes Mißverhältnis zwischen dem Lohn- und Gehaltseinkommen der breiten werktätigen Massen und den Preisen aller Konsumartikel und es wird auf diese Weise zu einem revolutionierenden Faktor ersten Ranges. Das Finanzelend nimmt dem Staat jede Möglichkeit, die Forderungen seiner Arbeitnehmer zu befriedigen, ohne die finanzielle Misere zu verschärfen. Das Finanzelend ist eine der wichtigsten Ursachen der industriellen Krise in dem Lande, das über wichtige industrielle Rohstoffe, gute Arbeitskraft und über zum Teil nicht schlechte technische Produktionsmittel verfügt. In diesem Elend ist daher auch die Quelle der letzten sozialen Krise zu suchen.

Aber damit sind wir noch nicht auf den Grund der Dinge gelangt. Bei den natürlichen Reichtümern Polens, bei seiner relativ guten außenpolitischen Lage — verglichen mit Deutschland — kann die polnische Finanzmisere an und für sich ziemlich schleierhaft erscheinen. Da sind zwei Dinge zu unterscheiden: erstens die auf das äußerste angespannte militärische imperialistische Einstellung des polnischen States und zweitens das seit fünf Jahren noch nicht zum Stillstand und zu einem gewissen Gleichgewicht gekommene Ringen der beiden großen Klassen des bürgerlichen Polens: der industriellen und agrarischen Bourgeoisie und der ländlichen Kleinbourgeoisie, und zwar darum, welche von diesen Klassen alle Vorteile des Staates genießen, und welche alle seine Lasten tragen soll. Da diese Lasten keine von den beiden tragen will, so greift man zu dem Mittel, das alle bankerotten Staaten unserer Uebergangsepoche anwenden: man besteuert die großen werktätigen Massen vermittels der **Inflationssteuer.** Und wenn auch Polen noch kein Interesse hat, so kann man dennoch auch hier feststellen, daß die großen Finanz- und Industriekönige durch eine gleiche Inflation Riesenprofite einstecken, die die Arbeiter, Angestellten und Beamten, den Mittelstand und das Kleinbürgertum zugrunde richtet. Gerade in den letzten Tagen stellte ein Vertreter des Bauerntums im Senat fest, daß eine der Ursachen der zum Himmel schreienden Zustände in Polen die Kredit-Politik darstellt, die alle polnischen Regierungen gegenüber den Banken durchführen. Zu Neujahr — führte er aus — betrug die Summe der den Banken von der Regierung erteilten Kredite 180 Milliarden Mark (nach dem damaligen Kurs zehn Millionen Dollar). Gegenwärtig beträgt der Gegenwert dieser Darlehen höchstens 120 000 Dollar. Der Staat hat auf diese Weise 9 880 000 Dollar verloren — **mehr als das ganze im Umlauf befindliche Papiergeld wert ist.** Die Banken zahlen für diese Darlehen 1 bis 3 Prozent Zinsen, sie nehmen dagegen offiziell 15 bis 18 Prozent, „inoffiziell" — viel mehr. Ihr Gewinn im Laufe von 10 Monaten kann wenigsten auf 300 Milliarden Polen-Mark geschätzt werden.

Dieses kleine Beispiel zeigt, daß der soziale Hintergrund der polnischen Finanzmisere im Grunde genommen derselbe ist wie in Deutschland: das Großkapital bedient sich des Staates als einer Blutpumpe, mit der es möglichst viel „Substanz" von den werteschaffenden Klassen und Kreisen an sich zieht, während der Staat selbst vollständig der Mittel entblößt wird, deren er zu seiner normalen Funktion bedarf.

Aber die innerpolitischen Schwierigkeiten beschränken sich keineswegs lediglich auf die finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen. Polen, das unter der Losung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen geschaffen worden ist, trägt den Krebsschaden der **nationalen Kämpfe** in sich. Um auf diese Seite seines inneren Lebens nur ein Streiflicht zu werfen, wollen wir zwei Tatsachen aus der letzten Zeit erwähnen.

Gegenwärtig fordern die Gerichte der polnischen bürgerlichen Republik die Auslieferung von 25 Abgeordneten in die Hände der „Justiz". Darunter befinden sich **16 ukrainische Abgeordnete.** Das berechtigte einen liberalen polnischen Publizisten — nebenbei gesagt, einen ehemaligen zaristischen General und russischen Kadetten! — zu der Feststellung, daß die polnische „Justiz" auf diese Weise den Zweck verfolgt, die Vertretung **einer ganzen Nationalität zu vernichten.** Das unterliegt um so weniger einem Zweifel, als die herrschende polnische Partei — die Nationaldemokraten — seit je als eine der „nationalen" Hauptaufgaben die Ausrottung der „nicht bestehenden" ukrainischen Nationalität verfolgt. Ein zweites: Vor kurzem bereiste der Präsident der Republik, Herr **Wojciechowski**, die östlichen „Randmarken" „seines" Reiches. Er war auch in der altlitauisch-weißruthenisch-jüdischen Stadt Grodno. Bei dieser Gelegenheit — wie dies vor einigen Tagen ein Vertreter der radikalen Bauernpartei im Senat feststellte — wurde eine Anweisung erlassen, daß in den Straßen, die „Seine Majestät" durchfuhr, **weder Fenster noch Balkone geöffnet werden dürfen.** „So reiste" — glossierte der oppositionelle Senator die Tatsache — „Nikolaus II.". Um aber das Pikante der Geschichte zu erkennen, sei hervorgehoben, daß Herr Wojciechowski, der gegenwärtig die Reaktion in Polen sehr stark fördert, ein ehemaliger

langjähriger Führer der Polnischen Sozialdemokratischen Partei ist, der bis 1905 ganze Pude revolutionärer Literatur gegen Nikolaus auf seinem Buckel nach Polen schmuggelte! Um auf der anderen Seite den Ernst der Sache zu beleuchten, sei nach einem neuesten, freilich noch nicht ganz kontrollierten Gerücht erwähnt, daß zwei Truppenabteilungen, die an der russischen Grenze standen, nach Rußland „ausgewandert" sein sollen! Man kann sich nun leicht die Gefahr vorstellen, die das bürgerliche Polen, „angesichts der revolutionären Zuckungen in Deutschland und der erwartenden Bereitschaft Sowjetrußlands", in seinen eigenen Flanken spürt!

Das sind, in großen Zügen skizziert, die Umstände, die dazu geführt haben, daß die bisherige polnische Regierung „umgebildet" worden ist, indem an Stelle von zwei anderen nationaldemokratischen Ministern — an Stelle von Führern zweiten Ranges (Seyda und Glombinski) — die eigentlichen Führer der Partei, Dmowski und Grabski, in das Kabinett eintraten, indem ferner der nicht weniger als Dmowski berüchtigte Führer der „Christlichen Demokratie", ein ebenso großer Deutschenfresser und eifriger Lakai des französischen Großkapitals, Wojciech Korfanty Vize-Präsident wurde, und indem weiter die Basis des Kabinetts noch dadurch „erweitert" worden ist, daß im Landwirtschaftsministerium an die Stelle eines Nationaldemokraten (die Partei soll dafür noch ein anderes Portefeuille bekommen) ein Vertreter des „Christlichen Agrariertums", der Zuckerkönig Chlapowski, trat. Durch diese „Umbildung" soll, wie gesagt die Basis des Kabinetts „erweitert", soll seine Kraft und „Leistungsfähigkeit" erhöht werden. Mit anderen Worten gesagt: **das bürgerliche Polen soll in voller Rüstung bereit stehen, um zu gegebener Stunde dem inneren und äußeren Erbfeind gegenüber die Schlacht liefern zu können.**

Die 1200 Millionen französische Silberlinge.

Von W. Wilenski-Sibirjakow (Moskau).

** Loucheur erklärte, daß, falls im unbesetzten Teil Deutschlands eine Revolution zum Ausbruch käme, Frankreich sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands enthalten würde, die französischen Truppen aber „aller Wahrscheinlichkeit nach die Ordnung in den besetzten Gebieten aufrecht erhalten" würden.

Aus dieser Erklärung geht hervor, daß Frankreich auf das besetzte Ruhrgebiet nicht verzichten, sondern daß es das Ruhrgebiet mit Bajonetten verteidigen wird. In die Angelegenheiten der deutschen Revolution wünscht Loucheur sich nicht einzumischen. Natürlich wäre es falsch, würde man daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß die einflußreichen französischen Kreise mit der deutschen Revolution sympathisieren. Viel wahrscheinlicher ist, daß der französische Imperialismus in Anbetracht der Stimmung der französischen arbeitenden Bevölkerung nicht an dem Erfolg einer solchen Einmischung glaubt und es zunächst vorzieht, diplomatisch seine Neutralität zu erklären.

Allerdings gibt Poincaré auf die Frage, was Frankreich im Falle einer deutschen Revolution tun würde, eine andere Antwort, indem er mit der Kleinen Entente und Polen ein Abkommen unterzeichnete, wonach diesen Staaten ein Darlehen von 1 200 Millionen Franken für die Finanzierung militärischer Vorbereitung der Armeen der Kleinen Entente und Polens gewährt wird.

Was bedeuten diese Darlehen anderes, als die Vorbereitung zu einem neuen europäischen Kriege? Würde denn Frankreich umsonst Milliarden in die zerfetzten Taschen der Zwergstaaten der Kleinen Entente werfen, wenn der französische Imperialismus diese Zwergstaaten nicht zum Kampfe gegen die deutsche Revolution treiben wollte? Offensichtlich hat Poincaré, der der Kleinen Entente diese neuen Kredite zusprach, eine einigermaßen andere Meinung als Loucheur.

Nach Versailles war der französische Imperialismus mit seiner Rolle im Völkerbund nicht zufrieden. Abgesehen davon, daß Frankreich den Völkerbund für seine Zwecke ausnutzte, rief es die sogenannte Kleine Entente ins Leben. Die Kleine Entente besteht aus jenen kleinen europäischen Staaten, die sich auf den Kredit der französischen Börse orientierten. Die französische Börse gab aber ihrem gierigen jungen Sprößling das Geld nicht nur auf guten Glauben hin, sondern stellte Shylocksche Bedingungen, und zwar forderte sie, daß das Geld auf Verlangen des französischen Generalstabes sofort in das Blut der Soldaten der Kleinen Entente verwandelt werde.

Der französische Imperialismus glaubte sich auf diesem Wege eine entsprechende Kraft zu sichern, die das besiegte Deutschland unter einer dauernden Angriffsgefahr halten sollte. Die grausame europäische Wirklichkeit hat aber die Pläne des französischen Imperialismus in vieler Hinsicht zerschlagen. Die Kleine Entente hat sich früher zersetzt, bevor der Völkerbund überwunden worden ist, und jetzt muß Poincaré die Kräfte der sterbenden Kleinen Entente durch eine Fleischbrühe von Kriegskrediten schnell wieder beleben.

Poincaré hat keine Hoffnung auf die Franzosen, da sie vom Weltkrieg erschöpft sind und sehr wenig mit den Abenteuern des Herrn Poincaré sympathisieren. Ein neuer europäischer Krieg ist in Frankreich ebenso unpopulär wie bei den anderen Völkern Europas. Poincaré aber hält Frankreich in der Hypnose der deutschen Gefahr und vergeudet die Volksmittel zu neuen Kriegsabenteuern, die dem französischen Bürger den heutigen Frieden sichern sollen. Mit diesen Mitteln werden Senegalneger, Tschechoslowaken, Polen und andere Landsknechte gekauft, durch deren Hilfe der französische Imperialismus seine Machtstellung aufrecht erhält.

In der Tat: worin unterscheidet sich jener Tschechoslowake oder Pole, der unter dem Kommando eines französischen Offiziers steht, von dem Neger, der jetzt im Ruhrgebiet die „Interessen" Frankreichs verteidigt? Sie alle werden von der französischen Börse ausgehalten, die in ihnen nichts anderes sieht als Kanonenfutter. Nie gab es noch ein so offenes und zynisches System der gedungenen Landsknechte, wie das heutige. Früher kaufte man einzelne Personen oder Truppen, heute kauft die französische Börse, indem sie sich auf die Dienste der europäischen „demokratischen" Makler stützt, engros das Leben ganzer Völker.

Frankreich wird sich nicht in die inneren Angelegenheiten der deutschen Revolution einmischen — sagt Loucheur. Und vielleicht wird er der Form nach Recht haben. Frankreich wird keine Franzosen gegen Berlin schicken. Aber wie hat Frankreich jene Vereinbarungsbedingungen mit der Tschechoslowakei und mit Polen formuliert, unter denen diese Länder die 1 200 Millionen Franken ausbezahlt bekommen? Verpflichten sich denn die Völker dieser Länder nicht, diesen Marsch gegen Berlin als Entgelt für jene französischen Silberlinge durchzuführen, die sie jetzt von der französischen Börse bekommen?

Wie dem auch sei — es harrt der französischen Imperialisten eine grausame Enttäuschung. Man kann keine Völker kaufen, man kann höchstens die verräterischen Regierungen mancher Völker kaufen, die die Verpflichtung übernehmen, ihr eigenes Volk zu betrügen. Aber auch nicht mehr! Es ist jedoch schwer, Völker zu betrügen, besonders wenn die Volksmassen sich über die Ereignisse Rechenschaft zu geben beginnen. Die letzten Ereignisse in Polen beweisen, daß der polnische Arbeiter das Ausweglose der heutigen Lage Polens einsieht, das nur ein Instrument des französischen Imperialismus ist.

Daher wird es dem französischen Imperialismus kaum gelingen, diesmal nicht nur Polen, sondern auch die Tschechoslowakei zu seinen Zwecken zu mißbrauchen. Angesichts der größten europäischen Ereignisse können die Völker die Durchführung der Verpflichtungen ihrer Regierungen ablehnen, wenn auch diese Verpflichtungen mit französischen Silberlingen bezahlt wurden. Die werktätige Bevölkerung der Tschechoslowakei und Polens wird wahrscheinlich nicht gewillt sein, die deutschen Proletarier zu verraten, und durch ihre Weigerung, gegen die deutsche Revolution aufzutreten, werden sie alle Rechnungen des französischen Imperialismus zerschlagen, der heute in Europa an der Vorbereitung einer neuen Völkerschlacht arbeitet.

Arbeiterbewegung

Der Raub des Achtstundentages in Deutschland*).

Von Z. Leder.

** Wir stehen gegenwärtig vor der Entscheidungsstunde des Achtstundentages in Deutschland, die gleichzeitig die Entscheidungsstunde **der deutschen Revolution** ist. Die Entscheidung über die Geschicke des Achtstundentages in Deutschland wird aber ihrerseits vorausbestimmen, ob es dem internationalen Kapital gelingen wird, eine längere Arbeitszeit auch der Arbeiterschaft **anderer Länder** aufzuzwingen. Daher ist es von größtem Interesse für die gesamte internationale Arbeiterschaft, sich etwas näher die Tatsachen anzusehen, die sich auf den Raub des Achtstundentages in Deutschland beziehen.

---

*) Aus dem Nachwort zur demnächst erscheinenden zweiten Auflage der Broschüre Z. Leder: „Der Achtstundentag — Sozialreform oder Soziale Revolution." Führer-Verlag, Berlin.

Die Krise der „Großen Koalition", das Stinnes-Diktat und der Abbau des Achtstundentages.

Die Auseinandersetzungen in der Presse und vor allen Dingen das Schreiben vom Allgewaltigen, Hugo Stinnes, in seinem Organ, in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 8. Oktober, haben die Zusammenhänge, die zwischen der Frage des Achtstundentages und der Krise der „Großen Koalition" in den ersten Oktobertagen bestanden, in ein grelles Licht gerückt. Am 30. September sind die Zechenbesitzer des Ruhrbezirkes in Königsborn zusammengetreten und haben einstimmig beschlossen, daß die Arbeitszeit der Bergproleten auf 8½ Stunden unter Tage, auf 10 Stunden über Tage verlängert werden muß. Wie es wörtlich im Schreiben von Hugo Stinnes hieß: „Wie ganz allgemein in Deutschland die Arbeitsleistung wieder den Friedenstand erreichen muß, so muß auch der Bergbau das Anderthalbfache der jetzigen Arbeitsleistung erreichen." Die Entschließung der Vertreter des Bergkapitals wurde von Hugo Stinnes dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mitgeteilt; dabei lauteten die Punkte 10, 11 und 12 dieses Schreibens, wie es am 9. Oktober vom kommunistischen Reichstagsabgeordneten Frölich von der Parlamentstribüne bekannt gegeben wurde, folgendermaßen:

10. Die Arbeitszeit wie vor dem Kriege muß wieder zugelassen werden, um die Gütererzeugung zu steigern und die Selbstkosten so zu ermäßigen, daß Deutschland auf den Weltmärkten wieder wettbewerbsfähig wird. Ohne diese Maßregel wird Arbeitslosigkeit und Hunger das deutsche Volk dezimieren.
11. Konventionen aller Art, zentrale Tarifverträge oder Syndikate, soweit sie die Wirkung haben, die Produktion zu verteuern, die Ausfuhr zu hemmen, sind mindestens vorübergehend zu beseitigen und zu verbieten.
12. Streiks in lebenswichtigen Betrieben sind zu verhindern. In allen Betrieben müssen die Arbeitswilligen unter allen Umständen geschützt werden.

Auf das Diktat von Stinnes hin stellten seine parlamentarischen Sachwalter, mit dem schwerindustriellen Flügel der Deutschen Volkspartei an der Spitze, ihre sozialdemokratischen Koalitionsgenossen vor die Wahl: entweder der Regierung die Vollmachten zu geben, das Stinnes-Programm auf wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischem Gebiet im Notverordnungswege durchzuführen, oder aus der Regierung auszuscheiden. Die Sozialdemokratie ist „bis an die Grenze der Selbstverleugnung" gegangen; sie und die Gewerkschaften erklärten sich bereit, die Produktionssteigerung mit allen Mitteln anzustreben; sie erklärten, daß sie dabei auch vor der Leistung von Ueberstunden nicht zurückschrecken würden; die Gewerkschaften versprachen noch darüber hinaus, ihren ganzen Einfluß aufzubieten, damit notwendige Ueberstunden im Bergbau und anderen Industrien geleistet werden. Aber alle diese Zugeständnisse genügten weder Stinnes noch seinen parlamentarischen Sachwaltern. Stinnes steuerte auf die Aufrichtung der Diktatur seiner Vertrauensleute los. Ein Direktorium von fünf „starken Persönlichkeiten" sollte bestellt werden. Im letzten Moment schrak die Reaktion vor ihrer eigenen Courage zurück. Die bürgerlichen Mittelparteien betrachteten aber die Zusammenleimung der Großen Koalition — die Wiederbelebung des toten Mannes — als die einzige Rettung vor dem Bürgerkrieg. In letzter Stunde wurde ein Kompromiß abgeschlossen. Die Sozialdemokratie hat „durch eine energische und kluge Taktik" („Vorwärts" vom 6. Oktober) den „Grundsatz" des Achtstundentages gerettet, indem sie ihn **in der Praxis** preisgab. Die bürgerlichen Parteien haben sich entschlossen, den von Stinnes diktierten Abbau des Achtstundentages auf regelrechtem parlamentarischen Wege durchzuführen, um der Sozialdemokratie den Beweis zu ersparen, daß sie offensichtlich vor dem Diktat Stinnes' zurückwich.

Mit dem Wiedereintritt in die Große Koalition, mit der Annahme der bekannten Formel über die Neuregelung der Arbeitszeitgesetze zum Zweck der Steigerung der Produktion hat die Sozialdemokratie ganz entschieden den Weg des Abbaues des Achtstundentages beschritten. Der ganze Sinn der Krise der „Großen Koalition" bestand nur darin, daß der Abbau nicht im Wege einer Notverordnung, auf Grund der der Reichsregierung vom Reichstag zu erteilenden Vollmachten, sondern auf „regelrechtem" parlamentarischen Wege durchgeführt werden sollte, damit der dumme Lümmel — das Volk — den Glauben gewinnen könnte, daß es sich um den Willen des Volkes und nicht um den Willen Stinnes' handelt!

Bevor aber dieser Weg beschritten werden konnte, hatte der unvorsichtige Kaiser Stinnes noch einmal die Vorhänge der Kulissen zerrissen. Am 8. Oktober erschienen in allen Zechen des Ruhrreviers Anschläge des Zechenverbandes, in denen den Arbeitern mitgeteilt wurde, daß von diesem Tage ab statt der bisherigen Siebenstundenschicht die achteinhalbstündige Arbeitszeit für die Arbeiter unter Tage, eine zehnstündige für die Uebertagsarbeiter eingeführt wird. Gleichzeitig wurde es bekannt, daß Stinnes sich die Bestätigung dieses seines Programms und die Hilfe der französischen Bajonette zur Unterdrückung eines eventuellen Widerstandes der deutschen Bergleute bei dem französischen Militärbefehlshaber Degoutte in persönlicher Rücksprache erbeten hat. An den Vertreter der „Hoheit" des Deutschen Reiches aber, an den Reichskanzler Stresemann, wurde im Brief vom 7. Oktober eine einfache Anfrage gerichtet, ob die Zechenindustriellen „auf die wohlwollende Unterstützung rechnen können bei a) der Durchführung der Arbeitszeitverlängerung auf 8½ Stunden im besetzten und unbesetzten Gebiet, b) der sofortigen **Beseitigung der Demobilmachungsbestimmungen** und der Bestimmungen, die aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebiets bezüglich der Kündigung von Arbeitern und Angestellten getroffen sind."

Die Verschwörung gegen den Achtstundentag war aufgedeckt. Mit allen Mitteln, mit dem stärksten Druck auf die „Volksvertretung" und die Reichsregierung, mit den hochverräterischen Umtrieben und der Preisgabe der deutschen Hoheitsrechte an den „Erbfeind", mit der Zusage von wirtschaftlichen Vorteilen an die Schwerindustrie dieses Erbfeindes um den Preis der Hilfe seiner Bajonette gegen die deutschen Arbeiter, **verfolgt das Stinnes-Kapital die Verwirklichung seiner Ziele.**

Die Abschaffung des Achtstundentages auf parlamentarischem Wege?

Die Sozialdemokratie rühmte sich, durch „eine energische und kluge Taktik den Grundsatz des Achtstundentages gerettet und zugleich die der Republik lebensgefährlichen Manöver von rechts durchkreuzt zu haben." Eine Diktatur der Rechten — erklärte der „Vorwärts" im Moment der Zusammenleimung der Großen Koalition — wäre von der Arbeiterschaft mit dem Generalstreik beantwortet worden; aber selbst wenn dieser Generalstreik Erfolg hätte, dann wäre man, nach der Auffassung des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie, durch den Generalstreik bestenfalls **wieder zur Koalition** zurückgekommen. Koalitionsregierung und parlamentarische Kulissenschieberei — das sind also die Mittel, mit denen die Sozialdemokratie den Achtstundentag der deutschen Arbeiterklasse zu bewahren versprach! Achtstundentag und Republik — hieß es noch anderwärts — „sind an einem Tage geboren".

Bald stellte sich heraus, was der parlamentarische Weg, die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition und die Ebert-Stinnessche Republik der deutschen Arbeiterschaft bringen sollte. Das Reichsarbeitsministerium, unter der gemeinsamen Verwaltung des deutschnationalen Zentrumsmannes Dr. Brauns, und des sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers Silberschmidt, unterbreitete dem Reichstag einen Entwurf des vorläufigen Arbeitszeitgesetzes, der alle Wünsche des Unternehmertums aus den vergangenen Jahren übertraf. Die regelmäßige Arbeitszeit darf nach diesem Entwurf die Dauer von acht Stunden nicht übersteigen. Aber eine Reihe von nächstfolgenden Bestimmungen beschäftigt sich mit einer abweichenden Regelung der Arbeitszeit. Der Paragraph 9 legt die wirkliche Grenze für den neuen „Normal"-Arbeitstag fest, indem er ausspricht, die Arbeitszeit „darf auch bei Anwendung der in dem § 3 bezeichneten Ausnahmen **10 Stunden** täglich nicht übersteigen". Dieser **zehnstündige** „Normal"-Arbeitstag kann aber „aus dringenden Gründen des Gemeinwohls" **in Form von Ueberstunden** überschritten werden (§ 9). Mit dieser Bestimmung wird es klar, daß die angebliche Aufrechterhaltung des Grundsatzes des Achtstundentages tatsächlich **Einführung des zehnstündigen Arbeitstages als normale Arbeitszeit** bedeutet, wobei diese „normale" Arbeitszeit noch durch Ueberstunden verlängert werden kann. Damit ist gleichzeitig festgelegt, daß in einer zehnstündigen Arbeitszeit keine Ueberstunden enthalten sind und daß der Unternehmer nicht verpflichtet ist, **Zuschläge** für diese beiden Stunden zu zahlen. Die Verlängerung der Arbeitszeit kann für ganze Gewerbezweige oder Gruppen von Arbeitnehmern durch ein einseitiges Diktat des Reichsarbeitsministers angeordnet werden, falls nur „regelmäßig und in erheblichem Umfange **Arbeitsbereitschaft** vorliegt" (§ 2). Daß mit dem Kautschukbegriff der „Arbeitsbereitschaft" der willkürlichen Verlängerung der Arbeitszeit Tür und Tor geöffnet ist, ist klar. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist durch den Gesetzentwurf **ausgeschaltet.** Die Unternehmer haben nach der Vorlage das **unbeschränkte Recht,** nach eigener Wahl an 30 Tagen im Jahre die Arbeitszeit täglich um zwei Stunden zu verlängern. Des weiteren kann die für den Gesamtbetrieb zulässige Arbeitszeit — folglich auch die Zehnstunden-Arbeitszeit — für weibliche und jugendliche Arbeiter **noch um eine Stunde** für männliche Arbeiter, in gewissen Fällen **noch um zwei Stunden** überschritten werden. Die Arbeitszeit kann ohne weiteres **durch Tarifverträge** verlängert

werden. In diesem Falle kann die Landesbehörde anordnen, daß derartige Bestimmungen in Tarifverträgen, die nicht allgemein verbindlich sind, auch für Nicht-Tarifangehörige gelten. Auch in dem Falle, wenn ein Tarifvertrag nähere Bestimmungen über die Arbeitszeit nicht enthällt, wenn eine Vereinbarung oder Entscheidung durch besondere Stellen nicht zustandekommt, kann die oberste Landesbehörde (oder Reichsbehörde) selbst Bestimmungen über die Dauer der Arbeitszeit treffen. In den Betrieben, wo keine tarifliche Regelung besteht, kann auf Antrag des Unternehmers, und zwar „aus betriebstechnischen oder allgemeinen wirtschaftlichen Gründen", insbesondere „wenn Mehrarbeit die Voraussetzung für die Verringerung der Arbeitslosigkeit ist", die zuständige Behörde eine längere Arbeitszeit anordnen. Für den Bereich mehrerer Gewerbe-Aufsichtsämter sowie für ganze Gewerbezweige steht die gleiche Befugnis, gegebenenfalls auch ohne Antrag des Unternehmers, der obersten Landesbehörde zu. In diesem letzteren Falle ist keine Beschwerde zulässig, die oberste Reichs- oder Landesbehörde entscheidet diktatorisch. Sogar im Bergbau unter Tage, sowie für die Arbeiter, die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von Stickstoff, giftigen Stoffen, Staub und dergleichen ausgesetzt sind, ist eine Ausdehnung der Arbeitszeit über acht Stunden zulässig — freilich „vorübergehend", aber jedesmal, „wenn die Ueberschreitung aus Gründen des Gemeinwohls" dringend erforderlich ist. Der Gesetzentwurf geht den Wünschen des Unternehmertums nach Verlängerung der Arbeitszeit so weit entgegen, daß ein besonderer Paragraph gestattet, Bestimmungen von Tarif- und Arbeitsverträgen, die beim Inkrafttreten des Gesetzes gelten und eine geringere Arbeitszeit vorsehen, mit Frist von einem Monat zu kündigen. Auch erhalten die Gewerbe- oder Bergaufsichtsbeamten von Gesetzes wegen die Befugnis, „aus betriebstechnischen oder allgemeinen wirtschaftlichen Gründen" auf Antrag Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen betreffend die Pausen, die Lage der Arbeitsstunden, das Verbot von Verwendung von Frauen und Jugendlichen zu bestimmten Arbeiten usw. zu genehmigen.

Diese Inhaltsangabe des Gesetzentwurfes zeigt klar, daß dieser eine ausgeprägte Tendenz aufweist, das Kapital von jeglichen gesetzlichen Schranken zu befreien, die es in der Ausbeutung der Arbeitskraft des Lohnarbeiters bisher einengten. Mit vollem Recht durfte der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, der Reichstagsabgeordnete Dißmann, in der Tagung des freigewerkschaftlichen Bundesausschusses am 17. Oktober diesen Gesetzentwurf dahin charakterisieren, daß in diesem der Achtstundentag zu einer Ausnahme, der Zehnstundentag und eine noch längere Zeit zu einer Regel festgelegt wird. Und er konnte auch mit völliger Zustimmung der Zuhörerschaft ausrufen, daß die Arbeiterschaft diesen Gesetzentwurf der Regierung vor die Füße werfen müsse!

Anders denken die Sozialdemokraten, die die Reichstagsfraktion in den Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien vertraten. Mitte des Monats Oktober konnte schon die Presse melden, daß zu Vorbesprechungen über das Arbeitszeitgesetz eine „freie Kommission" der Koalitionsparteien zusammengetreten ist, die bezweckt, etwa auftretende politische Schwierigkeiten von vornherein wegzuräumen, damit das Gesetz im Plenum des Reichstages eine glatte Erledigung finden kann. In allen wesentlichen Punkten — meldete die Tagespresse am 19. Oktober — wurde eine Einigung erzielt, und man rechnete mit der Annahme des Gesetzentwurfes schon in der folgenden Woche. Am 22. Oktober nahm der Reichrat unter Vorsitz des sozialdemokratischen Reichsministers Robert Schmidt den Gesetzentwurf an, wobei ausschließlich die Vertreter der sozialistisch-kommunistischen Regierungen Sachsens und Thüringens, der sozialdemokratische Präsident der Provinz Sachsen und der bürgerliche (!) Bürgermeister der Stadt Berlin gegen den Entwurf protestierten. Auch im Bergbau soll eine Einigung über die Abschaffung der Siebenstundenschicht bevorstehen, wenngleich die Konferenz des Vorstandes und der Bezirksleiter des Bergarbeiter-Verbandes noch am 22. Oktober einen Protest gegen den Entwurf erhoben hat. So sehen wir, daß eine offene Preisgabe des Achtstundentages vorbereitet wird, obgleich die Gewerkschaftsführer in den Aufrufen an die Massen versichern, daß man an dem Achtstundentag nicht zu rütteln erlauben werde. Für die Massen gibt man andere Erklärungen ab, ein anderes Spiel treibt man aber hinter den Kulissen. Freilich wagt in den letzten Tagen der „Vorwärts" nicht mit einer Silbe gegen das Schandgesetz zu protestieren; man dürfe ja doch nicht die eigenen Führer bloßstellen! Aber der unverkappte sozialdemokratische Reformist Max Schippel sprach in dürren Worten klar aus, was andere, Diplomaten, verhüllen wollen: daß die Preisgabe des Achtstundentages durch die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie nur eine Konsequenz der arbeitsgemeinschaftlichen Politik ist, eine Folge der Kapitulation vor dem Diktat Stinnes', des Zurückweichens vor dem Faschismus.

Die letzte Errungenschaft der November-Revolution und die soziale Revolution.

Trotz der großen Eile, die die Regierung Stresemann—Sollmann—Schmidt hat, um das neue Arbeitszeitgesetz durchzuführen und den Achtstundentag gesetzlich abzuschaffen, ist der Gesetzentwurf noch nicht Gesetz geworden. Das gesamte deutsche Proletariat erklärt in den Betrieben und in den Organisationen, daß es sich zu der Mehrarbeit für den Kapitalismus nicht zwingen lassen wird. Die industriellen Scharfmacher erklären von ihrer Seite, daß sie sich nur mit der Wiederherstellung der vor dem Kriege üblichen Arbeitszeit zufriedengeben werden. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erhebt in ihrer Entschließung vom 26. Oktober „vor aller Oeffentlichkeit ihre warnende Stimme" und erklärte, daß durch den dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf die erhoffte „Wiedergesundung der Wirtschaft" und die „zur Verbilligung der Lebenshaltung des deutschen Volkes notwendige Produktionssteigerung" nicht erreicht werden können. Die „Kölnische Zeitung" vom 28. Oktober weiß aber auch näheres zu melden, was die Kapitalmagnaten für unentbehrlich zu diesen Zwecken betrachten. Eine Regelung über die Mehrarbeit dürfe nicht nur zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften, sondern auch mit der Betriebsvertretung vorgenommen werden. Die Zahl der Tage, an denen nach Wahl des Arbeitgebers die Arbeitnehmer bis zu zwei Stunden länger beschäftigt werden dürfen, müßte nicht auf 30, sondern auf 60 Tage festgesetzt werden. Im Bergbau müßte nach der Auffassung der Berggewaltigen ohne weiteres die Vorkriegsarbeitszeit, in der Braunkohlenindustrie aber die Zwölfstundenschicht eingeführt werden. Auch für die Roheisen- und Stahlerzeugung sei die Verlängerung der Arbeitszeit auf zehn Stunden nicht ausreichend, und insbesondere müßte in der Roheisenerzeugung zur Zwölfstundenschicht zurückgekehrt werden.

Das Kapital offenbart klar und unzweideutig, wohin seine Reise geht. Nicht mehr Zehnstundentag, sondern Elf- und Zwölfstundentag lautet gegenwärtig sein Diktat. Mit den sozialdemokratischen Kompromissen und „Halbheiten" gibt es sich nicht zufrieden. Da bleibt ihm nichts übrig, als seine Ziele durch die Errichtung einer offenen Diktatur anzustreben. Der Kampf um den Achtstundentag stellt auf diese Weise nur einen Teil des allgemeinen Kampfes gegen die Diktatur des Stinnes-Kapitals um die Errichtung einer Regierung des werktätigen Volkes dar.

Jugendbewegung

Das EK. der KJI. an die proletarische Jugend der ganzen Welt!

An die Arbeiter-, Bauern- und Studentenjugend Japans!

Genossen!

** In den ersten Tagen des furchtbarsten Unglücks des japanischen Volkes, in den ersten Tagen des fürchterlichen Erdbebens, das viele Hunderttausende Werktätige zugrunde richtete, hat die japanische Regierung, die Regierung der Samuraer, der Grundbesitzer und Kapitalisten, anstatt den japanischen Massen in ihrem Unglück Hilfe zu leisten, den weißen Terror proklamiert und ein grausames Massengemetzel der Führer der Arbeiterbewegung organisiert.

Unter anderen wurde der Sekretär des Zentralbüros des japanischen Kommunistischen Jugendverbandes, Genosse Eschutora Kawaj, ermordet. Diese grausame, mit einem unerhörten Zynismus vollzogene Mordtat wurde schon im Monat August, lange vor dem Erdbeben, vorbereitet, indem die japanische Regierung mit verbrecherischen Banditenelementen in Verbindung getreten ist und diese zur Unterdrückung der anläßlich des 9. Internationalen Jugendtages am 2. September geplanten Demonstration der Arbeiterjugend zu schwarzen Banden organisierte. Das Haupt dieser von der Regierung geschaffenen Banditenorganisation war der Kriminalverbrecher Jamagutschi, der gegenwärtig wieder wegen Raubes verhaftet ist.

Am 30. August, also nur einige Tage vor dem 2. September, hat die japanische Regierung in ihrer Presse eine provokatorische Mitteilung über die „Verschwörung der Kommunistischen Jugend-Internationale" und über ihre Aktion am 2. September erscheinen lassen.

Diese provokatorische Mitteilung, die die im Zeichen der internationalen Solidarität der Arbeiterjugend geplante friedliche Demonstration als Verschwörung hinstellte, bezweckte die

Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die gewaltsame Unterdrückung dieser Demonstration.

Am 2. September wurde Japan nicht durch die „Verschwörung der Kommunistischen Jugend-Internationale", sondern durch das furchtbare, unerhörte Erdbeben erschüttert. Während des Erdbebens, in den Tagen des furchtbarsten Unglücks der japanischen Massen, führte die Regierung im Bunde mit ihren Banditen ihren grausamen, unerhörten Plan durch und quälte die Führer der Arbeiterjugend zu Tode.

In derselben Zeit wurde dem Sowjetschiff „Lenin", das Getreide für die werktätigen japanischen Massen mitbrachte, die Landungserlaubnis verweigert.

Die japanische Arbeiterjugend wird nie vergessen, daß die Regierung in den Tagen des grausamsten Unglücks des japanischen Volkes — anstatt den zugrunde gerichteten, hungernden Massen Nahrung zu geben — ihre Aufgabe darin sah, die Führer der Arbeiterjugend in grauenhafter Weise zu ermorden.

Das EK. der KJI. protestiert im Namen der werktätigen Jugend der ganzen Welt gegen die abscheulichen, provokatorischen Freveltaten der japanischen Regierung und des weißen Terrors.

Junge Arbeiter, Bauern und Studenten Japans! Schließt Eure Reihen unter der Fahne des Kommunismus fester zusammen! Verliert den Mut nicht! Haltet die Fahne der grausam zu Tode gemarterten Führer hoch! Der Tag der Vergeltung ist nicht mehr fern.

Nieder mit der Regierung der Militaristen und Banditen! Nieder mit dem weißen Terror! — Es lebe die Kommunistische Jugend-Internationale!

Moskau, 30. Oktober 1923.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugend-Internationale.

Gegen Kriegsgefahr und Faschismus

Gegen den Faschismus! Gegen reaktionäre Schreckensherrschaft und weißen Terror!

Aufruf zur Gründung einer Internationalen Antifaschisten-Liga.

Der Faschismus ist schon längst keine Parteifrage mehr, sondern eine allgemeine Kultur- und Rechtsfrage aller Schichten der Gesellschaft. Die Zustände nach der faschistischen Machtergreifung in Ungarn, Italien, Bulgarien, Spanien und Bayern haben es allen fortschrittlichen und freiheitlichen Menschen klar gemacht, daß der Faschismus nicht nur — wie er angibt — ein Feind des Kommunismus ist, sondern er ist ein Feind der sozialistischen Arbeiterbewegung, ein Feind der gesamten Arbeiterklasse. Der Faschismus ist überall, wo er zur Macht gelangte, gegen alle politischen Arbeiterorganisationen, gegen alle Gewerkschaften, gegen die Genossenschaften, sogar gegen die Jugend- und Kindergruppen, die lediglich friedliche Bildungsarbeit leisteten, mit den brutalsten Mitteln vorgegangen. Seiner Zerstörungswut fielen zum Opfer: Arbeitersekretariate, Volkshäuser, Gewerkschaftsgebäude, Konsum- und Genossenschaftseinrichtungen, Arbeiterbibliotheken, Arbeiterklubs und Bildungsstätten; Tausende von Arbeitern werden verhaftet, mißhandelt, eingekerkert, Hunderte von Arbeitern hingerichtet und meuchlings ermordet. Aber nicht nur die Arbeiterklasse ist dem Faschismus verhaßt, sondern die gesamte demokratische und linksliberale Bewegung. **Alles freiheitliche Leben hört auf, wo die Faschisten zur Macht kommen.**

Die faschistische Gefahr bedroht heute die ganze Welt, vor allem Deutschland.

Das Verbot der sozialdemokratischen und der demokratischen Presse in Bayern und der Vorstoß der Reaktion überall in Deutschland sind sichere Anzeichen des Vordringens des Faschismus in Deutschland. Der Faschismus ist heute eine internationale Gefahr, die von den Reaktionären schwärzester Sorte finanziert wird. Diese von Tag zu Tag deutlicher hervortretenden Tatsachen zwingen immer weitere Schichten der Gesellschaft, auf Abwehrmaßnahmen gegen die faschistische Gefahr zu sinnen. In Frankreich, Amerika und Schweden wurden bereits antifaschistische Organisationen durch Mitglieder der sozialistischen Arbeiterparteien, Gewerkschaftsvereine, Genossenschaftsvereine und bürgerlich radikale Organisationen ins Leben gerufen.

Das unterzeichnete Initiativkomitee richtet heute an alle Arbeiter, Werktätigen, freiheitlich und fortschrittlich denkenden Menschen den dringenden Appell, diesem Beispiel zu folgen und überall in allen Ländern antifaschistische Organisationen ins Leben zu rufen. Die erste Aufgabe solcher Organisationen muß sein, eine systematische und breite Aufklärungsarbeit über das Wesen und die kulturzerstörenden Folgen der faschistischen Herrschaft durchzuführen und alle Organisationen und Gruppen zu einem energischen einheitlichen Kampf gegen den Faschismus zu vereinigen.

Das unterzeichnete Komitee richtet an alle bestehenden und sich gründenden antifaschistischen Komitees und an alle Personen, die gewillt sind, sich diesem Kampfe anzuschließen, den Appell, mit ihm in Verbindung zu treten und mit ihm gemeinsam eine internationale antifaschistische Front herzustellen.

Alle Zuschriften sind bis auf weiteres zu richten an: **Initiativ-Komitee zur Organisierung einer Internationalen Antifaschisten-Liga z. H. des Herrn Brommert, Amsterdam, Prinz Hendrikkade 10 (Holland).**

Initiativ-Komitee zur Organisation einer Internationalen Antifaschisten-Liga:

Clara Zetkin (Deutschland); Henri Barbusse, Henri Guilbeaux, Romain Rolland, Anatol France, André Marty (Frankreich); George Groß, Ernst Toller, G. G. L. Alexander, Max Barthel, Willy Münzenberg, Dr. Leo Klauber, Wilhelm Herzog (Deutschland); Edo Fimmen, Henriette Roland-Holst, Brommert (Holland); Upton Sinclair (Amerika); Ture Nermann, Z. Höglund, Oskar Samuelsen (Schweden); Willi Trostel, Fritz Platten (Schweiz); Eugen Olausen (Norwegen); Franz Koritschoner, Prof. Dr. Karl Grünberg (Wien).

Buchbesprechung

„Die Kommunistische Partei — die eiserne Kohorte der Revolution."*)

Von L. B.

** Inmitten der schärfsten politischen Kämpfe muß die KPD. ihre Organisationen ausbauen, die Ueberreste der organisatorischen Erbschaft der alten Sozialdemokratie überwinden, aus jeder Organisation eine disziplinierte bewegliche Kampftruppe, aus jedem Mitglied einen Funktionär der revolutionären Vorhut heranbilden. Die Lehren der Märzniederlage und auch der jüngsten politischen Kämpfe lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Arbeit des organisatorischen Ausbaues der Partei keineswegs neben der politischen Arbeit vernachlässigt werden darf, um so weniger, als die Partei in der letzten Zeit einen besonders starken Zustrom neuer Mitglieder zu verzeichnen hat, deren restlose Einreihung unter die aktiven Kämpfer der Partei die orgnaisatorischen Kräfte der Partei nicht wenig in Anspruch nehmen wird, wenn diese Aufgabe ernst aufgefaßt wird. Allerdings handelt es sich nicht nur um die neuen Mitglieder — die Gesamtpartei muß auch sonst noch viele organisatorische Mängel überwinden, um eine wirkliche bolschewistische Massenpartei zu werden. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die Zentrale der KPD. die Herausgabe von „Organisatorischen Flugschriften" begonnen hat, deren erste Nummer die vorliegende Schrift darstellt. Nach einer Schilderung des Organisationsaufbaues der KPD. und einer — leider zu kurz ausgefallenen Kritik der bisherigen Organisationsformen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung geht die Schrift zum eigentlichen Kernpunkt unserer nächsten organisatorischen Arbeit, der Versetzung des Schwerpunktes der Parteiarbeit von den Wohnungsbezirken in die Betriebe über. Klar und ausführlich werden die Aufgaben, die Bedeutung und der organisatorische Aufbau der Betriebszellen dargestellt. Ein besonderes Kapitel wird der Aufgabe der Zellengruppen gewidmet. Zur ernstlichen Erfüllung seiner Parteipflicht stellt die Broschüre einen unentbehrlichen Ratgeber für jedes Parteimitglied dar.

*) „Die Kommunistische Partei — die eiserne Kohorte der Revolution" (Organisatorische Flugschriften der KPD. Nr. 1). Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin 1923.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.